

Fragen von ACR an die politischen Parteien
zur künftigen Gestaltung von F&E in Österreich
anlässlich der NR-Wahl 2008



AUSTRIAN COOPERATIVE RESEARCH
KOOPERATION MIT KOMPETENZ

FRAGE 1

1. Die Verantwortung für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Österreich (Christian Doppler-Labors, ACR, Austrian Research Centers, Joanneum Research, COMET-Zentren etc.) ist auf mehrere Ministerien und Länder aufgeteilt.
 - a.) **Welche Vorteile oder Nachteile sehen sie in dieser Aufteilung?**
 - b.) **Wenn Sie Änderungen für notwendig halten, wie sollten diese ausschauen?**

ANTWORTEN zu 1.)

SPÖ	Grundsätzlich macht eine Kompetenzaufteilung zwischen Ressorts bei einer typischen Querschnittsmaterie wie Forschung, Entwicklung und Technologie Sinn; und wie das COMET-Programm zeigt, ist eine gemeinsame Umsetzung wichtiger Programme durch zwei Ministerien problemlos möglich. Auch Aufteilungen von Kompetenzen zwischen Bund und Bundesländern ist in einem Staat mit föderalistischer Struktur wie Österreich unabdingbar und sinnvoll. Die aktuelle Aufteilung von Kompetenzen auf Bundesebene ist Ergebnis des aktuellen Regierungsübereinkommens und wird im Zuge der Bildung einer neuen Bundesregierung neu zu verhandeln sein.
ÖVP	Die Aufteilung von Kompetenzen zwischen Bund und Bundesländern ist in einem Staat mit föderalistischer Struktur wie Österreich unabdingbar und sinnvoll. Die aktuelle Aufteilung von Kompetenzen auf Bundesebene ist Ergebnis des aktuellen Regierungsübereinkommens und wird im Zuge der Bildung einer neuen Bundesregierung neu zu verhandeln sein. Grundsätzlich macht jedoch eine kompetitive Situation mit mehreren befassten Ressorts bei einer typischen Querschnittsmaterie wie F&E Sinn; wobei die Bereiche wie Weltraum-, Material, Werkstoff-, Nano-, Sicherheits- und IKT-Forschung zu jenem Ressort gehören, wo auch die Universitäten beheimatet sind.
FPÖ	Eines der wesentlichsten Mankos der österreichischen Wissenschafts- und Forschungspolitik sowohl innerhalb Österreichs als auch gegenüber internationalen Organisationen ist die enorme Kompetenzzersplitterung auf Bundes- sowie Landesebene. Österreich spricht in Fragen der Forschungspolitik nicht mit einer Stimme. Derzeit sind die Kompetenzen nicht nur im außeruniversitären Forschungsbereich auf zumindest 4 Ministerien verteilt (BMVIT, BMWF, BMWA und BMLF). Die FPÖ tritt dafür ein, dass zumindest auf Bundesebene nach der NR-Wahl 2008 die Bereinigung dieser Kompetenzzersplitterung erfolgt. Ein starkes Wissenschafts- und Forschungsministerium ist zu etablieren, worin die Forschungsagenden des BMVIT, des BMWF und des BMWA als erster Schritt neben den klassischen Agenden des tertiären Bildungsbereiches zusammenzufassen sind. Ebenso ist darin der postsekundäre Bildungsbereich des Bildungsministeriums zu integrieren.
GRÜNE	Es ist sehr bedauerlich, dass die Vorstellung der Ergebnisse der Systemevaluierung des österreichischen Forschungsförderungssystems nun für Alpbach 2008 kurzfristig abgesagt wurde. Doch aus vielen vorliegenden Studien lassen sich bereits begründete Vorschläge internationaler ExpertInnen für die notwendige Umgestaltung der Förderlandschaft in Österreich ableiten: mehr Geld ist notwendig, aber auch bessere Verteilung. Denn die neuen Herausforderungen

	<p>im Bereich der Innovation und Wissensproduktion erfordern neue Ansätze in Österreich. Es geht nicht nur um eine Erhöhung der öffentlichen Mittel für Forschung und Entwicklung, sondern auch um zuverlässige mehrjährige Budgets für diesen Sektor. Noch wichtiger aber ist die Schaffung von einfacheren Strukturen der Förderlandschaft. Noch immer sind in Österreich zu viele und nur wenig koordinierte Einrichtungen mit der Förderung von Forschung und Entwicklung beschäftigt. Die Vielzahl von Programmlinien und fragmentierten Förderaktionen erhöht Verwaltungskosten und erschwert budgetäre Transparenz. Studien der OECD und anderer Experten wie auch Berichte des Rechnungshofs haben kritisiert, dass oftmals ähnliche Programme mehrerer Ministerien in Konkurrenz zueinander stehen und dass die Koordination innerhalb der Regierung einen zentralen Schwachpunkt und die Quelle für die ineffiziente Verwendung der öffentlichen Gelder darstellt.</p> <p>Vielfach sind – gerade in den Jahren zwischen 2000 und 2004 – kaum begründete Einzelaktionen von Ministerien begonnen worden. Dies sollte in Zukunft nicht mehr möglich sein. Statt dessen sollten die Ressorts nur mehr für klar definierte Grundsatzfragen und strategische Entscheidungen die Verantwortung tragen, doch für personelle Fragen der Fördereinrichtungen und bei einzelnen Entscheidungen über Förderungen darf es keine Intervention und keinen Einfluss von Parteien oder dem Ministerium mehr geben.</p> <p>Basierend auf den bereits vorhandenen Erkenntnissen und den Ergebnissen der laufenden Systemevaluierung wollen wir lieber heute als morgen ein gesamtheitliches Konzept für die Aufgabenteilungen im österreichischen Innovationssystem entwerfen – dh. die jeweiligen Aufgaben und Verantwortungen sinnvoll teilen und dann eine effiziente Verteilung der finanziellen Mittel vorzunehmen.</p>
<p>BZÖ</p>	<p>Die jetzige Aufteilung der Verantwortung auf verschiedene Ministerien und Länder entspricht der zur Zeit bestehenden Organisation und Aufteilung der Aufgabenbereiche der Ministerien, bzw. des Bundes und der Länder. In fachlicher und personeller Hinsicht ist dadurch die größte Sachnähe und Kompetenz der jeweiligen Stelle gesichert. Dagegen ist mit der aufgespalteten Organisation eine Dezentralisierung verbunden, mit der die Gefahr verschiedener Nachteile wie beispielsweise eine uneinheitliche Anwendungspraxis einhergeht. Im Rahmen der Verwaltungsreform, bzw. im Rahmen des Bürokratieabbaus halten wir es für sinnvoll, eine zentrale Kontrollstelle mit bestimmten Kontrollrechten einzurichten, durch die eine einheitliche, transparente Anwendung gewährleistet wird. Soweit Ihnen bestimmte, mit der aktuellen Rechtslage verbundene Missstände bekannt sind, wären wir dankbar, wenn Sie uns Ihre Kritikpunkte mitteilen würden, damit wir diese entsprechend berücksichtigen können.</p>
<p>LIF</p>	<p>a.) Die Nachteile der zersplitterten Forschungskompetenz auf Bundesebene sind evident. Das LIF fordert nachdrücklich eine gesammelte Kompetenz auf der Ebene eines eigenen Forschungs- und Wissenschaftsministeriums. Diskutabel scheint uns aber die Zusatzförderung der Bundesländer, jedenfalls vor einer Bundesstaatsreform, die die Kompetenzen der Bundesländer einschränkt.</p> <p>b.) Ergibt sich aus a.): Zunächst sollten die Forschungsagenden auf Bundesebene in einer Hand konzentriert werden - und für ausreichende Bedeckung der notwendigen Forschungsmittel gesorgt werden. Wettbewerbsverzerrungen auf Grund der öffentlichen Förderung sollten aber verhindert werden. Drittmittel dürften nur auf Grundlage einer Vollkosten-Rechnung eingeworben werden.</p>

Frage 2

2. Die Grundfinanzierung (keine Projektfinanzierung durch die FFG) durch die öffentliche Hand (Ministerien, Länder) ist pro Einrichtung unterschiedlich und erreicht ein Ausmaß zwischen nur 6% bis hin zu 50% des Gesamtbudgets.

a.) Welche Position vertritt Ihre Partei zu diesem Ungleichgewicht?

b.) Wenn Sie Änderungen für notwendig halten, wie sollten diese ausschauen?

ANTWORTEN zu 2.)

SPÖ	Unterschiedliche Grundfinanzierungen bedeuten nicht automatisch Ungleichgewicht. Die Frage nach der jeweils passenden Höhe der Grundfinanzierung beantwortet sich unterschiedlich je nach Art und Umfang des öffentlichen Auftrags, welchen die jeweilige Institution zu leisten haben. Dabei gilt, dass Grundfinanzierungen umso höher sind, je grundlagennäher die geleistete Forschung ist. Anpassungen der jeweiligen Finanzierungsprinzipien sind in einem offenen Dialog grundsätzlich möglich.
ÖVP	Unterschiedliche Grundfinanzierungen bedeuten nicht automatisch Ungleichgewicht. Die Frage nach der jeweils passenden Höhe der Grundfinanzierung beantwortet sich unterschiedlich je nach Art und Umfang des öffentlichen Auftrags, welchen die jeweilige Institution zu leisten haben. Anpassungen der jeweiligen Finanzierungsprinzipien sind in einem offenen Dialog grundsätzlich möglich.
FPÖ	Unter der Federführung der FPÖ in den Jahren 2000 bis 2003 wurde die Zusammenfassung der Agenden der Forschungsförderung in der FFG – eine Erfolgsgeschichte - geschafft. In den letzten beiden Jahren gab es politisch motivierte Ergänzungen – namentlich den Klimafonds. Dieser gehört ebenso in die FFG integriert wie die Agenden der AWS im Bereich der Forschung und Technologieentwicklung. Ebenso muss in der nächsten Periode die Forschungsinfrastruktur auf neue Beine gestellt werden. Vor allem sind bei der Grundfinanzierung nachvollziehbare Kriterien aufzustellen, die für alle Einrichtungen gleichen Charakters gleiche Finanzierungen sichert. In Bereich der Forschungsinfrastruktur kann nicht von Wettbewerb gesprochen werden, sondern es ist nationaler Auftrag die wirtschaftsnahe Forschung angepasst an den Bedürfnissen eines kleinen Landes und deren Wirtschaft und Industrie zu organisieren bzw. zu finanzieren. Ungleichgewichte gehören nach einer entsprechenden Evaluierung beseitigt.
GRÜNE	Mit der bereits laufenden 'Systemevaluierung' soll auch eine Bewertung der 'Rahmenbedingungen für die Forschungsförderung, ihre Organisation auf den Ebenen Bund, Länder' erfolgen, und es ist sehr zu bedauern, dass die Vorlage der Zwischenergebnisse für Alpbach 2008 kurzfristig abgesagt wurde. Für die Grünen ist prinzipiell die Gewährleistung von Transparenz, Unabhängigkeit und Fairness bei der Vergabe von öffentlichen Förderungen essentiell. Eine verpflichtende Systematik für alle in F&E-Agenden involvierte öffentliche Stellen soll Mehrgleisigkeiten und Doppelförderungen verhindern. Weiters drängen die Grünen auf eine baldige Vorlage der Ergebnisse der Rechnungshofprüfung zum ARC Seibersdorf, damit hier auch entgegengesteuert werden kann.
BZÖ	Der jetzige Aufteilungsschlüssel führt zu einem erheblichen Ungleichgewicht bei der Höhe der Grundfinanzierung der Einrichtungen, welches nach Ansicht des BZÖ im vernünftigen Maße zu relativieren ist. Zur Zeit erforschen wir, welche Kriterien dafür heranzuziehen sind und wie diese zu gewichten sind, um einen gerechten Ausgleich zu gewährleisten.

	<p>In Hinblick darauf ersuchen wir Sie auch hier, uns mit der aktuellen Rechtslage verbundene Missstände bekannt zu geben, um diese entsprechend berücksichtigen zu können.</p>
<p>LIF</p>	<p>Das System der öffentlichen Subventionsvergabe muss von Grund auf reorganisiert werden. Subventionen sollten nur auf Grundlage eines Wettbewerbs vergeben werden, der in bestimmten Zeitabständen die Subventionsstrukturen neu gestalten lässt, sofern dies notwendig ist. Subventionsanträge müssten einer vergleichenden unabhängigen Evaluation unterzogen werden, die von wissenschaftlichen Gremien durchgeführt werden und politischen Einfluss zurückdrängt. Evaluationskriterien sollten in einem gemeinsamen Prozess mit allen Forschungstreibenden entwickelt werden. Bei erfolgreicher Evaluation müssen Zielvereinbarungen in den Subventionsvertrag aufgenommen werden, die Grundlage für die Prüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung wird. Die heute geübte rein rechnerische Prüfung ist ungenügend und trägt zur intransparenten Mittelvergabe bei.</p> <p>Öffentliche Förderungen sollen vorwiegend Forschungsarbeiten ermöglichen, die über Drittmittel nicht finanziert werden können. Dies betrifft etwa Grundlagenforschung oder sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung. Ein Institut für chinesische Kultur und Geschichte beispielsweise hat ganz andere Voraussetzungen als ein Technologieforschungsinstitut. Darüber hinaus sind auch Budgets und Institute nicht nur ihrer Funktion nach, sondern auch ihrer Größe nach unterschiedlich.</p> <p>Öffentliche Subventionen sind im besonderen auch dort notwendig, wo die Unabhängigkeit der Institute gegenüber der Industrie sichergestellt werden muss. Dies gilt etwa für die Pharma-Industrie oder in Fragen der Lebensmittelsicherheit. Auch Fragen der Wissenschaftsethik gewinnen immer stärker an Bedeutung. Öffentliche Subventionen sind unerlässlich, aber die öffentliche Forschungsförderung muss den Prinzipien der Transparenz und des Wettbewerbs gehorchen. Ungleichheiten in der Grundförderung wird es immer geben, aber sie müssen begründbar sein. Der politische Einfluss auf die Mittelvergabe muss zurückgedrängt werden, durch unabhängige Evaluation und Öffentlichkeit der Begründungen. Grundsätzlich sollten aber auch Ergebnisse, die aufgrund der öffentlichen Finanzierung erzielt werden konnten, auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.</p> <p>Öffentliche Förderung sollte im besonderen dem wissenschaftliche Nachwuchs, der Weiterqualifikation der Forscherinnen und Forscher und der Grundlagenforschung zugute kommen. Zur anwendungsorientierten Forschung muss der Privatsektor seinen Beitrag leisten.</p> <p>Darüber hinaus muss das Sponsoring für Wissenschaft und Forschung erleichtert werden.</p>

Frage 3

3. Im Jahr 2007 wurde mit dem Innovationsscheck eine neue Methode eingeführt, um die vielen „traditionellen“ KMU in Österreich, die selbst keine Forschungskapazität haben, zu strukturierter Innovation zu motivieren.

Welche neuen Motivationsschritte wird Ihre Partei in Zukunft setzen, damit diese traditionellen KMU sowohl wettbewerbsfähig bleiben als auch ihr Qualitätsniveau steigern können?

ANTWORTEN zu 3.)

SPÖ	Der große Erfolg des Innovationsschecks hat gezeigt, dass in Österreichs KMU noch viel Potenzial steckt. Dieses Programm wird daher aus Sicht der SPÖ sicherlich weitergeführt. Insbesondere sollten neue Angebote entwickelt werden, welche die durch den Innovationsscheck neu angesprochenen KMU „bei der Stange halten“ und Impulse für eine Verdichtung und Fortsetzung der Innovationsaktivitäten leisten. Überlegenswert wären etwa auch Förderinstrumente zur Optimierung von Verfahrenstechniken und Fertigungsprozessen in KMU, da deren Aus- und Aufbau oftmals Voraussetzung für erfolgreiche inkrementelle Innovationen sind.
ÖVP	Das Österreichische Forschungs- und Innovationssystem ist grundsätzlich KMUfreundlich gestaltet, mit dem Innovationsscheck wurde ein weiterer wesentlicher Schritt getan. Für die Zukunft sollte insbesondere in der FFG eine weitere Optimierung des KMU-Angebotes verfolgt werden. Insbesondere sollten neue Angebote entwickelt werden, welche die durch den Innovationsscheck attrahierten KMUs „bei der Stange halten“ und Impulse für eine Verdichtung und Perpetuierung der Innovationsaktivitäten leisten. In diesem Bereich wird auch die Ausweitung der Forschungs-aktivitäten der Fachhochschulen eine Rolle spielen, die wieder in jenes Ressort gehört, worin auch die Universitäten beheimatet sind. Ebenso müssen auch die Universitäten stärker ihre regionale Verantwortung wahrnehmen und somit starker Kooperationspartner für die KMUs sein.
FPÖ	Der Innovationsscheck ist eine begrüßenswerte Initiative, die in der nächsten Periode hinsichtlich der Treffsicherheit evaluiert und ausgebaut werden muss. Darüber hinaus braucht Österreich endlich eine gesetzliche Grundlage zur Förderung von Risikokapital. Hiezu hat die FPÖ als erste Partei Österreichs Initiativen in Form eines Privat-Beteiligungskapital-Gesetzes im Parlament eingebracht. Damit sollen Hochtechnologie-Gründungen und jungen Technologieunternehmen Eigenkapital finanziert werden.
GRÜNE	Derzeit sind für KMUs im Bereich der Förderung eine Vielzahl von Ministerien und weiteren Einrichtungen tätig. Der erwähnte 'Innovationsscheck' stellt aus grüner Sicht mit den geringen Einstiegshürden und wenig Verwaltungsaufwand eine positive Maßnahme dar. Sobald es gelingt, klarere Strukturen der Zuständigkeiten in Österreich zu schaffen (siehe dazu die Antwort auf Frage 1), sollte dies besonders auch für die KMUs zu Erleichterungen führen. Denn sie können – anders als viele international tätige Firmen – weder die steuerlichen Vergünstigungen voll nützen noch können sie es sich immer leisten, die oft komplizierten Bedingungen für Teilnahme an Forschungsförderprogrammen zu erfüllen. Dennoch stehen im internationalen Vergleich gerade die kleinen österreichischen Unternehmen sehr gut da : der Anteil innovierender KMUs erreicht hierbei die Spitzenwerte anderer europäischer Staaten.

BZÖ	<p>Das BZÖ steht für eine Steuerreform, die eine Entlastung von KMU's als Wirtschaftsmotor Österreichs zum Schwerpunkt hat. Ziel ist, den KMU's mehr Geld zu sichern, damit diese in ihre Weiterentwicklung und damit natürlich auch in die Forschung investieren können. Diesen grundlegenden Schritt betrachtet das BZÖ neben den bestehenden Förderungen als wesentlichen Schritt zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich.</p> <p>Das BZÖ sieht in diesem Ansatz eine sinnvolle Weiterführung des Förderungsprogramms „Innovationsscheck“, mit dem den KMU's die Überwindung von Hemmschwellen zu Kooperationen mit Forschungseinrichtungen erleichtert werden soll. Denn durch eine die KMU's unterstützende Steuerreform werden bei diesen Mittel frei, die diese investieren können. Zudem steht das BZÖ für eine mit der Steuerreform verbundene Initiative, in der den KMU's die Vorteile der Investitionen in die Forschung aufgezeigt werden.</p>
LIF	<p>Aus unserer Sicht sind vier Elemente wesentlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Zum ersten ist die Förderung für die Kooperation von Unternehmen und Forschungseinrichtungen unzureichend. Dies gilt nicht nur für die materielle Förderung, sondern auch für entsprechende Rahmenbedingungen. Es fehlt oft an Information über die Möglichkeiten, teils aus Bringschuld der Institute, teils aber auch durch politische Ignoranz. ● Zum zweiten arbeiten KMUs unter massivem Zeitdruck: die tägliche Arbeit behindert risikoträchtige Innovation. Verkauf von traditionellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigt die KMUs vollauf, und im besonderen vor-wettbewerbliche Leistungen, die zudem kaum gefördert werden, sind kaum leistbar. Wo Förderungen vorhanden sind, wird die Antragsstellung zum Hindernis. Der Lösungsansatz hier liegt bei der verstärkten Förderung von Innovationsassistentinnen und -assistenten: Hochschulabgängern, die innovative Ideen mitbringen und auch in der Lage sind, mit Forschungsinstituten zu kooperieren und die entsprechenden Anträge zur Einreichung zu bringen. Dafür gibt es - auf regionaler Ebene - erste Ansätze. Das müsste aber bundesweit gleich geregelt werden und verstärkt an die Unternehmen herangebracht werden. ● Risikokapital muss gefördert werden. Österreich ist hier international gesehen ein Nachzügler. Angesichts der gegenwärtigen internationalen Finanzkrise ist dies umso wichtiger. ● Die geringe Beteiligung der KMUs an europäischen Forschungsprogrammen ist kein rein österreichisches Problem. Genau hier liegt deshalb auch eine Chance: Die Förderung der Beteiligung österreichischer KMUs in Zusammenarbeit mit kreativen Forscherinnen und Forschern am Europäischen Rahmenprogramm hätte hohe Erfolgchancen. Hier wird zu wenig getan.

Frage 4

4. Aus dem öffentlichen Bereich kommen verstärkt die Anforderungen an „radikale“ F&E. KMU leben jedoch davon, mit inkrementellen Innovationsschritten am Markt zu bestehen.

Wie will Ihre Partei den inkrementellen Innovationsschritten einen höheren Stellenwert einräumen, um dadurch die traditionellen KMU aktiv zu unterstützen?

ANTWORTEN zu 4.)

SPÖ	Das gegenwärtige Forschungs- und Innovationsförderungssystem bietet – insbesondere durch die FFG-Basisprogramme – bereits sehr bewährte Förderungsangebote auch für inkrementelle Innovationen. Weitere Verbesserungen sollten jedoch insbesondere im Bereich niedrighschwelliger Angebote sowie bei Angeboten für nicht-technologische Innovationen und Prozessinnovationen erfolgen (vgl. Frage 3). Gleichzeitig ist es sehr wohl zudem ein sinnvolles und notwendiges Ziel, auch mehr KMU zu ambitionierteren Schritten zu motivieren. Deshalb müssen unsere Programme auch eine höhere Risikobereitschaft der Unternehmen unterstützen.
ÖVP	Das gegenwärtige Forschungs- und Innovationsförderungssystem bietet – insbesondere durch die FFG-Basisprogramme – ausgezeichnete Förderungsangebote auch für inkrementelle Innovationen. Optimierungen sollten insbesondere im Bereich niedrighschwelliger Angebote (vgl. Frage 3) sowie bei Angeboten für nicht-technologische Innovationen erfolgen.
FPÖ	Die schrittweise und stetige Verbesserung der vorhandenen Produkte und Dienstleistungen muss im Focus der KMU's stehen, um im Wettbewerb zu bestehen. KMU's müssen wieder in die Lage versetzt werden, ihre Kosten zu reduzieren, die Produkte, die Verfahren und deren Dienstleistungen zu verbessern um Marktanteile zu halten oder schrittweise auszubauen. Dabei spielt die bessere Eigenkapitalausstattung eine wesentliche Rolle (siehe unter 3.). Ein Beitrag der öffentlichen Hand ist über die finanzielle Förderung hinaus eine Verwaltungsvereinfachung bzw. die Entbürokratisierung. Die Politik ist aufgerufen alles zu unternehmen, dass sich die KMU's wieder auf das eigene Kerngeschäft konzentrieren können.
GRÜNE	In den aktuellen Diskussionen zu einer optimalen Technologiepolitik wird zunehmend betont, dass es auch für kleine Länder wie Österreich nicht mehr nur auf 'radikale Innovationen' ankommt. Wichtig erscheint den meisten führenden ExpertInnen vielmehr, neben einer ausreichenden Basis für F&E mit genügend qualifizierten Forscherinnen und Forschern vor allem für Austauschmöglichkeiten mit Anwendern, günstige Bedingungen für das Entstehen und Wachsen neuer Firmen und damit für die Belohnung von guten Ideen Sorge zu tragen. Denn Wissen alleine - so auch das Wissen um die 'radikalen Innovationen' - wird durch den weiteren Ausbau der Informations- und Kommunikationstechniken leichter zugänglich. Immer wichtiger wird hingegen die Umsetzung von Ideen und die Neugestaltung von Produkten und deren Anwendung, also Bereiche, in denen sich überall in der Welt kleine Firmen auszeichnen. Gerade die Firmenneugründungen wie auch die innovativen KMUs spielen dabei eine besonders wichtige Rolle. In Österreich stoßen Firmen mit neuen Ideen derzeit noch auf viele Hürden. Die Systemevaluierung wird auch dazu Vorschläge präsentieren; eine baldestmögliche Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen wird zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung im Herbst 2008 gehören.
BZÖ	Hier kann vollumfänglich auf die Antwort Nr.3 verwiesen werden. Das BZÖ sieht die grundlegende Stärkung der KMU's durch eine Steuerreform als langfristige

	<p>Lösung, um die KMU's dauerhaft zu entlasten und dadurch zu fördern. Abschließend soll nochmals die Position des BZÖ bezüglich von KMU's hervorgehoben werden: Die KMU's sind ein wesentlicher Motor der österreichischen Wirtschaft und damit verstärkt zu fördern.</p>
<p>LIF</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Auch inkrementelle Innovationsschritte sind grundsätzlich Innovation. Im realen Wirtschaftsleben ist die Unterscheidung zwischen inkrementellen und revolutionären Forschungsergebnissen schwer auszumachen. Oftmals haben sich kleine Innovationsschritte im Nachhinein als revolutionär erwiesen. Wesentlich ist, dass auch soziale Innovationen in den Bereich der Innovationsförderung fallen. Diese sind natürlich vorwiegend inkrementell, können aber zu radikalen Strukturänderungen führen: etwa Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung und zur Verbesserung derer Karrierechancen, Entwicklung altersgerechter Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (active aging), etc. können zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen führen. • Die Förderung inkrementeller Innovationen sollte auch auf gesellschaftliche Zielsetzungen Bedacht nehmen. Ressourcenschonende Produktionen und Herstellungsverfahren und qualifikationsfördernde Maßnahmen sollten bei der öffentlichen Förderung eine wesentliche Rolle bei den Evaluationskriterien spielen. • Ein weiteres Problem ist, dass Technologietransfer zu wenig gefördert wird. Auf europäischer Ebene ist dies schon als Mangel erkannt worden, in Österreich tut sich hier zu wenig. • Die schon erwähnten Innovationsassistentinnen und –assistenten sind ein wesentlicher Schritt dazu.